

**Beschluss des 66. Parteitages der CSU
am 12./13. Oktober 2001 in Nürnberg**

**„Sicherheit im 21. Jahrhundert -
Kompetenz und Verlässlichkeit“**



näher am Menschen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergaberecht geschützt. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Mit den Terrorangriffen gegen die USA am 11. September 2001 hat der Terrorismus eine neue, bislang unvorstellbare Dimension erreicht. Die äußere und innere Sicherheit sind vor eine vollkommen veränderte Situation gestellt. Für Deutschland ergibt sich eine besondere Herausforderung daraus, dass unser Land als Vorbereitungs- und Ruheraum für islamisch-fundamentalistische Terroristen missbraucht wird.

Klar ist: In Deutschland werden sich viele von politischen Lebenslügen und von jahrelangen Verharmlosungen und Fehleinschätzungen in Bezug auf die äußere und innere Sicherheit verabschieden müssen. Vor allem der Traum einer gewaltfreien Welt und eines multikulturellen „Global Village“, auf den Teile der SPD und Grünen ihr politisches Handeln ausgerichtet haben, erweist sich heute als gefährliche Illusion.

Vor dem Hintergrund einer veränderten Bedrohungssituation stehen die deutsche Sicherheits- und Innenpolitik insgesamt auf dem Prüfstand. Den neuen Formen der extremistischen Gewalt muss die wehrhafte Demokratie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen. Neue Herausforderungen verlangen nach neuen Antworten.

Die Anschläge haben in Erinnerung gerufen: Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Heute zeigt sich mehr denn je: Es ist die primäre Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Eine Konsequenz des 11. September ist daher, dass wir dauerhaft einen größeren Anteil unseres Wohlstandes für die innere und äußere Sicherheit aufwenden müssen. Investitionen in Sicherheit sind Investitionen in die Freiheit. Wer Freiheit gegen Sicherheit ausspielt, verspielt am Ende beides. Daran hat die CSU niemals einen Zweifel gelassen und deshalb konsequent Politik für die Sicherheit der Menschen in Bayern gemacht. Bei der CSU sind Freiheit und Sicherheit in guten Händen: Sicherheit braucht Kompetenz und Verlässlichkeit.

Die CSU fordert:

1. Den internationalen Terrorismus solidarisch und entschlossen bekämpfen

Die Terroranschläge gegen die USA stellen einen **Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt** dar. Sie sind eine Kriegserklärung an die freie und offene Gesellschaft und deren Werte wie Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Damit wir diese Werte auf Dauer erhalten und damit auch unsere Kinder in einer freien und offenen Gesellschaft leben können, müssen die Angriffe **solidarisch und entschlossen** – soweit notwendig auch mit militärischen Mitteln – **beantwortet** werden. Es kommt jetzt ganz entscheidend darauf an, unsere Bevölkerung vor Terroranschlägen so gut wie möglich zu schützen. **Innere und äußere Sicherheit müssen in Deutschland Priorität erhalten.**

Die Terroranschläge haben auch gezeigt: Die **Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verlieren ihre Konturen und ihre Bedeutung**. Entschlossene Politik für mehr Sicherheit ist deshalb nicht mehr nur Innenpolitik, sie wird zur Weltinnenpolitik. Deshalb brauchen wir ein **integriertes System der Sicherheit**, in dem sich Maßnahmen der inneren und äußeren Sicherheit wirksam ergänzen. Das Projekt eines integrierten Sicherheitssystems macht die Schaffung eines **Nationalen Sicherheitsrates** sinnvoll. In diesem müssen unter Berücksichtigung und Bewahrung der föderalen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern Strategien zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus erarbeitet werden.

2. Die neue Dimension der Bedrohung ernst nehmen

Jede Strategie für mehr Sicherheit setzt eine **Bedrohungsanalyse** voraus: Offene Grenzen, weltweite Mobilität, synchrone Kommunikation sowie die damit verbundene internationale Vernetzung der Staaten führen dazu, dass lokale Krisen schnell überregionale und sogar globale Dimensionen annehmen können, insbesondere durch territoriale Eskalationen, Flüchtlingsbewegungen sowie Blockaden in der Rohstoffversorgung. Dazu kommt, dass die politische Führung in vielen Staaten der Welt von Instabilität und Unberechenbarkeit geprägt ist. Insbesondere in Afrika, auf dem Balkan, im Kaukasus sowie im Nahen- und Mittleren Osten kann sich ein hochbrisantes Krisen- und Konfliktpotential entwickeln. Ein besonders akutes Bedrohungspotenzial liegt darin, dass die Kontrolle über Massenvernichtungsmittel verloren geht und in die Hände von verantwortungslosen Machthabern oder von Terroristen gerät. Die weltweite Vernetzung durch Hochtechnologie, die Anfälligkeit hochkomplizierter Kommunikations-, Produktions- und Dienstleistungssysteme darf nicht zur Zielscheibe von Terroristen werden.

Die Anschläge vom 11. September 2001 zeigen eine **neue Dimension der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus**. Er richtet sich gegen die Werte einer freien und offenen Gesellschaft und ist von unvorstellbarer Brutalität und Verachtung des Lebens, selbst des eigenen, geprägt. Die Gefahr geht von einem weltweiten unsichtbaren Terrornetz aus, das kaum lokalisierbar, aber doch weltweit präsent ist. Das ist neu und bedrohlich: Der Terror kann überall zuschlagen, er kann jeden zu jeder Zeit treffen.

3. Konturen einer neuen Weltarchitektur erkennen

Der 11. September 2001 könnte sich als **historischer Wendepunkt der Weltgeschichte** erweisen. So wie das Jahr 1989 für das Ende der bipolaren Konfrontationslage des Kalten Krieges und des 20. Jahrhunderts steht, könnte der 11. September 2001 den Ausgangspunkt für die Weltordnung des 21. Jahrhunderts bilden. Der global agierende Terrorismus ist gegen alle Länder der zivilisierten Welt gerichtet. Ihn kann nicht mehr nur ein Land, sondern nur die Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft wirksam bekämpfen. **Globaler Terror verlangt nach einer globalen Antwort.**

Die CSU begrüßt es daher, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika mit Nachdruck für die internationale Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft einsetzen und eine **globale Allianz gegen den Terrorismus** schmieden. Die Einbindung Russlands, Chinas sowie vieler islamischer Staaten ist ein ermutigendes Zeichen, das darauf hindeutet, dass aus der weltweiten Krise auch eine Chance für eine neue globale Zusammenarbeit für eine neue Weltarchitektur erwachsen kann.

Im Rahmen der globalen Allianz gegen den Terrorismus lassen sich **militärische Maßnahmen** nicht vermeiden. Das allein kann jedoch nicht genügen. Entscheidend für die nachhaltige Bekämpfung des Terrorismus sind auch **Dialog** und **Ursachenbekämpfung**. Ein intensiver Dialog mit den islamischen Staaten ist entscheidend dafür, dass dem internationalen Terrorismus der territoriale und geistige Nährboden entzogen wird. Nährboden für den Terrorismus sind zudem Armut und Perspektivlosigkeit. Der Dialog muss daher flankiert werden von einem **international koordinierten, langfristigen entwicklungspolitischen Konzept**. Denn fast alle Länder, von denen die Terroristen aus operieren und in denen sie Unterschlupf finden, sind Entwicklungsländer.

4. Deutsche Interessen in der sich neu ordnenden Welt definieren

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik stellt sich in dieser geopolitischen Umbruchsituation die entscheidende Frage: **welche Rolle soll Deutschland in dieser im Entstehen begriffenen neuen Weltarchitektur spielen?** Die rot-grüne Bundesregierung ist bisher eine klare Antwort auf diese Frage nach den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands schuldig geblieben.

Für die CSU sind folgende Aspekte wesentlich: Die **uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den USA** im atlantischen Bündnis ist für die CSU selbstverständlich, aus Solidarität und Dankbarkeit gegenüber einem Land, das Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg wieder in die internationale Staatengemeinschaft geführt und auf dem Weg zur Einheit maßgeblich unterstützt hat.

Wir werden unsere Demokratie und unsere Werte dauerhaft nur schützen können, wenn wir darüber hinaus **Solidarität innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft** suchen. Für die CSU steht fest: Ein Land, das im globalen Kampf gegen den Terrorismus abseits steht, wird sich damit nicht der Bedrohung durch den Terror entziehen. Es läuft im Gegenteil Gefahr, leichtes Opfer des Terrorismus zu werden. Für Deutschland ist die **Solidarität innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft** daher **eine Sache des eigenen nationalen Interesses**.

Sicherheit für Deutschland gibt es zudem nur mit und nicht gegen **Russland**. Daher müssen wir die strategische Partnerschaft mit Russland aktiv gestalten. Präsident Putins Berliner Rede war mahnend und werbend zugleich. Wir müssen daher jetzt einen substantiellen Beitrag zur Integration Russlands in die freie, westliche Welt leisten.

5. Deutschland wieder zum verlässlichen und solidarischen sicherheitspolitischen Partner machen

Das Bekenntnis Deutschlands zur Solidarität in der internationalen Staatengemeinschaft darf kein Lippenbekenntnis sein. Es muss **glaubhaft** sein, Worten müssen Taten folgen. Nur wer sich selbst solidarisch verhält, wird auch die Solidarität der anderen erfahren. Deutschland wendet derzeit nur 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auf, Großbritannien und Frankreich etwa drei mal so viel. Von Brüssel über Paris bis Washington herrschen daher Unsicherheit und Unverständnis über die Sicherheitspolitik der rot-grünen Bundesregierung, besonders hinsichtlich der Ausrüstung und Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte.

Deutschland ist heute **nicht in der Lage, alle internationalen Verpflichtungen zu erfüllen**. Gegenüber der Nato hat sich Deutschland zur Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit verpflichtet, gegenüber der UNO zu „stand-by-arrangements“. Gegenüber der EU hat sich Deutschland verpflichtet, 18.000 Mann einer europäischen Eingreiftruppe von 60.000 Mann zur Verfügung zu stellen. Um Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen, muss es Ziel Deutschlands sein, aus der Rolle eines außen- und sicherheitspolitischen „Trittbrettfahrers“ herauszukommen, den sich in dieser Größenordnung weder die EU noch das Atlantische Bündnis leisten können.

6. Die Bundeswehr wieder voll bündnisfähig machen

Wir brauchen deswegen **neue Prioritätensetzungen bei der Bundeswehr** und eine eingehende Revision der Bundeswehrreform. Zur Erfüllung ihres erweiterten Auftrages

braucht die Bundeswehr einen Umfang von mindestens 300.000 Soldaten, davon rund 100.000 Wehrpflichtige. Dies erfordert dann auch eine Revision der flächenweiten Schließung von Bundeswehrstandorten.

Die **Finanzplanung** der Bundeswehr muss wieder zurückkehren zu einem soliden Verteidigungshaushalt von mindestens 50 Mrd. DM. Die akute Bedrohungssituation durch den internationalen Terrorismus und die jetzt notwendige Solidarität Deutschlands in der internationalen Staatengemeinschaft machen die Aufstockung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 3 Milliarden Mark bereits für 2002 notwendig.

Die Bundeswehr und die wehrtechnische Industrie brauchen ein klares und finanzierbares **Konzept zur Modernisierung der Ausrüstung**. Längerfristiges Ziel muss ein investiver Anteil von 30 % am Verteidigungshaushalt sein.

7. **Polizei, Verfassungsschutz und Katastrophenschutz stärken**

Präventive und repressive Mittel müssen verstärkt eingesetzt werden, um zu verhindern, dass Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen die innere Sicherheit in Deutschland gefährden. Dazu bedarf es der Stärkung von Polizei, Verfassungsschutz, aber auch von Zivil- und Katastrophenschutz.

Bayern hat ein Sicherheitspaket als Antwort auf die terroristische Bedrohung von knapp 400 Millionen Mark vorgelegt, mit dem unter anderem bis 2006 rund 890 neue Stellen für die innere Sicherheit geschaffen werden. Der Bund und die übrigen Länder sind gehalten, in ihren Verantwortungsbereichen vergleichbare Anstrengungen zu unternehmen. Dabei ist an der **bewährten Kompetenzabgrenzung** zwischen Bund und Ländern festzuhalten.

Der **Verfassungsschutz** muss sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene gestärkt werden. Jetzt zeigt sich, dass der Personalabbau der Verfassungsschutzämter beim Bund und anderen Ländern, zum Beispiel in Niedersachsen unter der Verantwortung des ehemaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, ein schwerer sicherheitspolitischer Fehler war. Der islamische Extremismus muss in ganz Deutschland unter Einsatz aller verfügbaren nachrichtendienstlichen Mittel intensiv beobachtet werden.

Deutschland muss für große Gefährdungslagen ausreichend Vorsorge treffen. Die Entscheidung, die geschlossenen Einsatzverbände des **Bundesgrenzschutzes** aus Einsparungsgründen drastisch zu reduzieren, muss umgehend korrigiert werden. Einsatzstärke und einsatzerfahrene geschlossene Polizeieinheiten des Bundesgrenzschutzes müssen in Deutschland in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Der Bund steht auch beim **Zivil- und Katastrophenschutz** in der Verantwortung. Das Potential des **Technischen Hilfswerks** (THW) muss bei außergewöhnlichen Schadensereignissen die Kräfte der Länder ergänzen. Deshalb muss die Bundesregierung, die die Haushaltsansätze für den Zivilschutz seit 1999 nahezu halbiert hat, sofort zusätzliche Mittel für den Zivil- und Katastrophenschutz zur Verfügung stellen. Außerdem sind Vorkehrungen für den Fall chemischer und biologischer Angriffe zu treffen. Dazu bedarf es der umgehenden Vorlage eines Aufklärungs-, Präventions- und Schutzkonzeptes.

8. Hemmnisse für den Einsatz der Bundeswehr im Innern beseitigen

Die Bundeswehr verfügt über gut ausgebildete Krisenreaktionskräfte, ABC-Abwehr- und Selbstschutzeinheiten und hat sich auf dem Balkan beim Objektschutz und anderen Sicherungsmaßnahmen bewährt. Im Inland darf sie nach der **derzeitigen Verfassungsrechtslage** nur in engen Grenzen bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen sowie im Verteidigungs- und Spannungsfall eingesetzt werden.

In anderen westlichen Demokratien ist der Einsatz von Streitkräften im Innern eine Selbstverständlichkeit. In den **USA** können die Gouverneure den Einsatz von regulären Streitkräften in ihrem Bundesstaat beim Präsidenten beantragen und über den Einsatz der Nationalgarde beschließen. Einsatzfälle waren Rassenunruhen und Schutz vor Plünderungen bei Naturkatastrophen. In **Frankreich** sieht der jüngst beschlossene Anti-Terror-Plan auch den Einsatz von Streitkräften im Innern vor. In **Italien** sind die Carabinieri eine militärische Teilstreitkraft, die im Inland Polizeiaufgaben wahrnimmt, aber auch im Ausland eingesetzt werden kann.

Die im Grundgesetz geregelte strikte Beschränkung der Bundeswehr auf Verteidigungsaufgaben ist in Deutschland aus historischen Gründen verständlich, hat aber spätestens unter dem Eindruck der neuen terroristischen Bedrohung ihre Berechtigung verloren. Wie in den anderen westlichen Demokratien muss es in Deutschland möglich sein, die **Bundeswehr in besonderen Gefährdungslagen ergänzend zu Polizei und Bundesgrenzschutz im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten auch im Innern einzusetzen**. Dafür sind klare Rechtsgrundlagen im Grundgesetz zu schaffen, die es insbesondere den Ländern ermöglichen, aus Gründen der inneren Sicherheit auch die Streitkräfte zur Unterstützung ihrer Polizei beim Schutz ziviler Objekte wie etwa der Außensicherung von Flughäfen und bei anderen polizeilichen Maßnahmen anzuordern.

9. Effizientere Instrumente zur Verbrechensbekämpfung schaffen

Der internationale Terrorismus hat eine neue Gefährdungslage geschaffen. Zu ihrer Bewältigung sind insbesondere der Polizei die erforderlichen Instrumente an die Hand zu geben, um terroristische Gewalttäter aufspüren und den internationalen Terrorismus effizient bekämpfen zu können.

Datenschutz darf nicht Täterschutz sein. Deshalb ist ein **umfassender Datenabgleich** zwischen Ausländer- und Asylbehörden einerseits und Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden andererseits notwendig. Insbesondere muss das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge verpflichtet werden, alle während eines Asylverfahrens bekannt gewordenen Erkenntnisse über Aktivitäten, Verbindungen oder Mitgliedschaften von Asylbewerbern in extremistischen oder terroristischen Vereinigungen den Sicherheitsbehörden zu melden. Außerdem muss eine umfassende Auskunftspflicht der Sozialleistungsträger an Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz eingeführt werden, etwa um genaue Täterprofile bei Rasterfahndungen zu erstellen.

Nach dem Abbau der Grenzkontrollen im Schengen-Raum ist die bundesweite Einführung der **Schleierfahndung** unverzichtbar, um gefährliche Personen herausfiltern zu können. Alle Länder müssen hier an einem Strang ziehen, damit Verbrecher keine Einfallstore finden.

Eine **Kronzeugenregelung** muss geschaffen werden, die speziell auch auf Straftaten im Bereich terroristischer Vereinigungen zugeschnitten ist. Die Bundesregierung muss

ihre bisherige ablehnende Haltung zu dem dazu auf Initiative der Bayerischen Staatsregierung seit März vorliegenden Gesetzentwurf des Bundesrates aufgeben.

Um die Finanzquellen des internationalen Terrorismus auch in Deutschland austrocknen zu können, muss der **Straftatbestands der Geldwäsche** erweitert und die Möglichkeiten zur **Gewinnabschöpfung** zu verbessern werden.

10. **Einreise und Einbürgerung von Extremisten unterbinden**

Die Tatsache, dass islamisch-fundamentalistische Terroristen nach Deutschland einreisen und hier ungestört leben konnten, muss Konsequenzen für das Ausländer- und Asylrecht haben.

Um die Einreise von ausländischen Extremisten nach Deutschland zu verhindern, muss das **Visumverfahren** in sicherheitsrechtlicher Hinsicht wirksamer ausgestaltet werden. Auch hier gilt, dass die Sicherheit unserer Bürger im Zweifel Vorrang genießen muss. Die Identität Einreisewilliger ist vor Erteilung eines Einreisevisums durch **Speicherung von Fingerabdrücken** zweifelsfrei festzustellen. Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes müssen bei der Entscheidung über die Erteilung eines Visums berücksichtigt werden. Die bundesweite **Regelanfrage beim Verfassungsschutz** ist unabdingbar.

Extremisten, die der Unterstützung terroristischer Bestrebungen verdächtig sind, dürfen künftig nicht mehr in einem **Asylverfahren** die Möglichkeit haben, als politisch Verfolgter anerkannt zu werden.

Einbürgerungen ohne Regelanfrage beim Verfassungsschutz darf es in keinem Land mehr geben. Wie wichtig die Regelanfrage ist, wird schon dadurch deutlich, dass in Bayern seit 1998 rund 200 Einbürgerungen wegen sicherheitsrelevanter Bedenken abgelehnt wurden.

11. **Extremistische Betätigung von Ausländern verhindern**

Es muss sichergestellt werden, dass ausländische Extremisten Deutschland nicht mehr als Ruheraum und Operationsbasis nutzen können.

Extremistische Vereinigungen in Deutschland, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtig sind, müssen verboten werden. Um auch Vereinigungen zu erfassen, die bisher unter dem Deckmantel der Religionsgemeinschaft operieren, ist dazu insbesondere das **Religionsprivileg im Vereinsgesetz** abzuschaffen.

In Deutschland lebende gewaltbereite Extremisten müssen leichter ausgewiesen werden können. Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes leben etwa 31.000 islamistische Fundamentalisten in Deutschland, von denen ein Teil gewaltbereit ist. Um dagegen vorgehen zu können, brauchen wir neue **Regelausweisungstatbestände**, die an Gewaltbereitschaft oder Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen anknüpfen. Die bisherigen Regelungen stellen viel zu hohe Anforderungen an den Nachweis extremistischer Aktivitäten und tragen der neuen Bedrohungslage nicht Rechnung.

12. **Europäische und deutsche Leitkultur bewahren, Zuwanderung begrenzen**

Der 11. September war ein Anschlag auf die Werteordnung der westlichen Welt, auf unsere Art frei und individuell zusammen zu leben. Aus der Sicht religiös extremer

Muslimen ist der Westen feindliches Umfeld. Viele von uns sind in der Vergangenheit mit großer Ignoranz, mit schlichter Naivität und mit oberflächlicher Beliebigkeit an das Thema des Zusammenlebens verschiedener Kulturen herangegangen. **Viele wollten und wollen wesentliche Unterschiede und manche Unvereinbarkeit nicht sehen**, die Unterschiede im Menschenbild, in zentralen Wertvorstellungen wie der Stellung des Individuums oder der Frauen in Staat und Gesellschaft.

Künftig muss schärfer und selbstbewusster gefragt werden: Wie viel Unterschiedlichkeit verträgt ein Land, wie viel Gemeinsamkeit braucht ein Land, um seine innere Bindungskraft nicht zu verlieren? Dazu muss in einen kritischen, einen klärenden Dialog mit jenen eingetreten werden, die aus einer anderen Wertewelt zu uns kommen und hier leben. **Wir wollen das friedliche Miteinander**, aber keine Unverträglichkeiten, keine Risse und Brüche in unserer Gesellschaft. **Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft.**

Wir wollen vielmehr unsere in über 1500 Jahren gewachsene **christlich-abendländische Kultur bewahren**. Wir lassen uns diese Leitkultur weder von ideologischen Gesellschaftsveränderern noch von Extremisten, aus welchem Lager auch immer, nehmen. Das ist unsere deutsche, europäisch geprägte Leitkultur. Wir sind entschlossen, sie zu verteidigen. Wem unsere Werteordnung, wem unser demokratisches Gemeinwesen gleichgültig ist, der muss sich fragen lassen, was er hier in Deutschland sucht. **Wir verlangen von jedem, der in Deutschland lebt oder leben will, Respekt für und Toleranz gegenüber anderen. Wir verlangen die Achtung unserer Werteordnung. Wir verlangen eine deutliche Distanzierung von Extremismus, blindem Fanatismus und Gewalt, nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten.**

Eine besondere Verantwortung trifft hier die Muslime in Deutschland. Es kann und muss gefordert werden, dass sie sich deutlich von extremistischen Bestrebungen und Gruppen distanzieren und zur Wertordnung des Landes, in dem sie leben, dessen Staatsbürger sie vielleicht sind, bekennen. Bloße Lippenbekenntnisse reichen dazu nicht aus. **Die CSU will auf einen Dialog hinwirken** – einen Dialog mit den Muslimen in Deutschland, einen Dialog der Kulturen und einen Dialog der Muslime untereinander. Wir wollen dazu ermuntern und bitten die entsprechenden Institutionen wie Kirchen, Akademien, aber auch die Politik, diesen kritisch-klärenden Dialog zu führen.

Integration ist das Gebot der Stunde. Wenn wir das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern auf eine zukunftssichere Basis stellen wollen, dann muss Integration nicht nur angeboten, sondern auch angestrebt werden. Wer nach Deutschland kommt, um hier zu leben, hat Anspruch darauf, nicht wegen seiner Hautfarbe, Rasse oder Religion diskriminiert zu werden. Er muss seinen Platz in unserer Gesellschaft finden können. Aber: Er muss sich auch darauf einstellen, dass er in Deutschland in einen Lebensraum mit westlicher Prägung und christlich-abendländischer Kultur eintritt. Integration ist keine Einbahnstraße, die allein Einheimische verpflichten würde. **Wer dauerhaft bei uns lebt, der muss Integration auch wollen, er muss sich an unsere Lebensverhältnisse anpassen und unsere Werteordnung für sich akzeptieren wollen.**

Gerade weil Integration von so zentraler Bedeutung für ein zukunftsfähiges Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist, gerade deshalb stellt sich die Frage: Wie viele Zuwanderer können integriert werden? Weil wir die Probleme und Grenzen von Integration kennen, gerade deshalb verlangen wir eine **Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung**. Das ist nicht Ausländerfeindlichkeit, wie es so gerne von rot-grün unterstellt wird. Das ist vielmehr eine verantwortliche und ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir in Deutschland eine Gesellschaft gestalten, in der Menschen verschiedenster Herkunft nicht nebeneinander, sondern miteinander auf der

Basis gemeinsamer Werte leben wollen und können. Ein **Mehr an Zuwanderung**, so wie es sich Bundesinnenminister Schily vorstellt, übersteigt unsere Integrationsfähigkeit und wird **fatale Folgen für den inneren Frieden und die Innere Sicherheit** in Deutschland haben. Gerade aus diesem Motiv heraus lehnen wir den Schily-Entwurf zur Zuwanderung ab.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP